

CDU

Links führt kein Weg an der SPD vorbei

VON CARL GRAF HOHENTHAL

Im Streit um die richtige Gesundheitspolitik rasen CDU und CSU weiterhin wie zwei Züge aufeinander zu. Anfang vergangener Woche hatte es noch geheißten, man wolle sich jetzt schnell verständigen. Daraus wurde nichts. Statt dessen haben die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und der CSU-Sozialpolitiker Horst Seehofer erneut ihre unvereinbaren Positionen bekräftigt.

Auch wenn immer wieder das Gerücht kursiert, die Union wolle



ihre unterschiedlichen Vorschläge zu einem Modell zusammenführen, bleibt festzuhalten, daß das nicht geht. Denn die CDU will mit der Abkoppelung der Krankenkassenbeiträge vom Einkommen einen Systemwechsel, während die CSU einkommensbezogene Beiträge innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung erheben will.

Der Streit zwischen den christdemokratischen Parteien berührt Fragen, die weit über das rein Gesundheitspolitische hinausreichen. Es geht darum, ob die Union weitreichende Reformen wagen soll oder nicht, und es geht weiter darum, wie sie ihren Kurs den Wählern deutlich machen kann. Unter Experten ist der Gesundheitsstreit längst zugunsten von Frau Merkel entschieden. Die CSU selbst weiß ganz genau, daß ihr Modell nicht konsistent ist, doch sie fürchtet sich davor, den Wählern mit markliberalen Thesen zu kommen.

Die Zukunft Deutschlands wird weniger auf dem Gebiet der Außenpolitik als vielmehr in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gewonnen. Frau Merkel weiß, daß sie dabei die SPD rechts überholen muß, wenn sie Erfolg haben will. Nur mit der CSU ist das nicht zu machen – bisher jedenfalls.

Kolumne

Der Versuch, sich um des lieben Friedens willen (der dann vermutlich sowieso nicht lange halten wird) mit der CSU auf einen faulen Kompromiß zu einigen, wäre die schlechteste Lösung des Konflikts. Die CDU muß ihren auf dem Leipziger Parteitag im Dezember 2003 eingeschlagenen Weg weitergehen und der CSU notfalls den Fehdehandschuh hinwerfen. Wie wäre es, wenn die CDU in Bayern zwei oder drei „Freundschaftsvereine der CDU“ gründen würde?

Beim CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber und seinen Mitstreitern gingen da mit Sicherheit alle Lampen an. Denn die CSU weiß genau, daß sie nördlich der Mainlinie niemals einen Stich machen würde, während es mit Sicherheit CDU-Sympathisanten in Bayern gibt. Was denken eigentlich bayerische Konservative, die im Gegensatz zur CSU eher dem Liberalismus als der Sozialdemokratie zuneigen? Sie können heute nur FDP wählen, aber das muß ja nicht immer so bleiben.

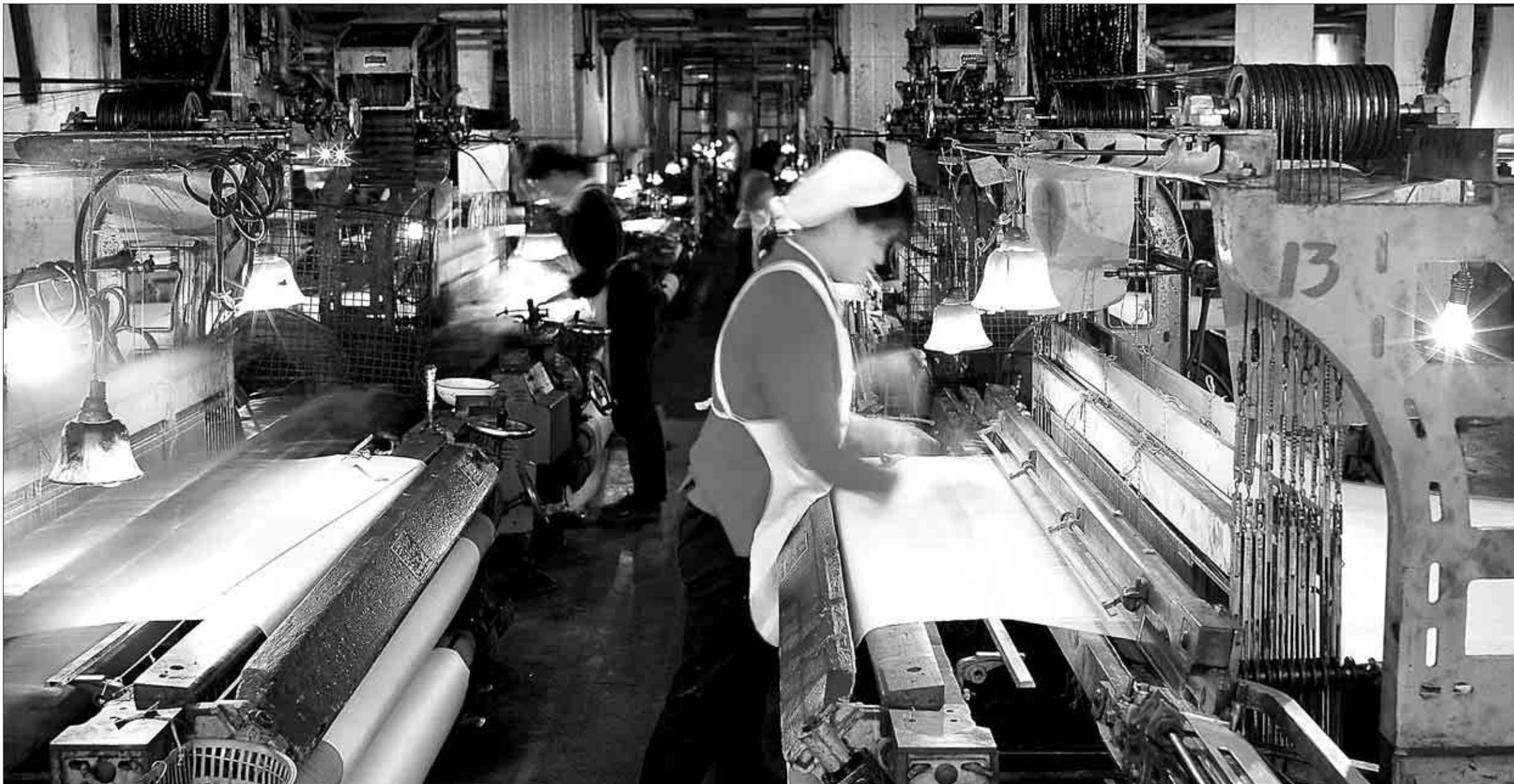
In Deutschland wird immer sehr schnell die These vertreten, daß nur solche Parteien eine Chance haben, die mehr oder weniger sozialdemokratisch argumentieren. Bewiesen ist das nicht. Immer mehr Menschen merken, daß zwingend etwas grundlegend Neues passieren muß. Das erhöht die Chancen für ordnungspolitisch saubere Argumente, die dann freilich durchgehalten werden müssen. Der abtrünnige Friedrich Merz ist für seine angeblich so gewagten Vorschläge auf großen Veranstaltungen nicht nur kritisiert, sondern auch viel beklatscht worden.

Noch einmal: Das Wichtigste ist, in der Sache fest zu bleiben. Nichts hat dem ordoliberalen sächsischen Ministerpräsidenten Milbradt (CDU) bei den jüngsten Landtagswahlen so geschadet, wie seine nicht ausgeführte Ankündigung, zu den Montagsdemonstrationen zu gehen.

Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der CSU ist vor allem durch Obstruktion gegenüber der CDU geprägt. Nirgends wird das so deutlich wie im Gesundheitsstreit. Die CDU muß ein Ende dieses Wischiwaschi-Kurses erzwingen. Wenn ihr das nicht gelingt, kann sie die vor ihr liegenden Wahlen vergessen. Denn eines ist klar: Links führt kein Weg an der SPD vorbei.

Die Welthandelsorganisation (WTO) muß sich mit dem größten Handelsstreit ihrer Geschichte beschäftigen.

Es geht um Subventionen für die Flugzeugbauer Boeing und Airbus. Gleichzeitig kämpft sie für einen freien Welttextilmarkt



Chinesische Arbeiterinnen weben in einer Fabrik Brokat. Die Textilindustrie des Landes hofft auf mehr Aufträge, wenn die Handelsschranken auf dem Weltmarkt fallen

FOTO: SUPERBILD/ DUCKE

„Liberalisierung ist nicht rückgängig zu machen“

WTO-Chef verteidigt Öffnung des Welttextilmarktes – Appell an USA und EU: Streit über Flugzeugbau rasch beilegen

DIE WELT: Wie wirkt sich der hohe Ölpreis auf den Welthandel aus?

Supachai Panitchpakdi: Ich kann mir durchaus vorstellen, daß der Ölpreis sich dauerhaft zwischen 45 und 50 Dollar pro Barrel einpendeln wird. Die hohen Energiekosten verteuern bereits die Produktion vieler Konsumgüter und den Warentransport. Allerdings sollte man die Situation auch nicht zu sehr dramatisieren.

DIE WELT: Warum?

Panitchpakdi: Der Effekt der hohen Ölpreise auf das Weltwachstum beträgt momentan etwa ein Prozent. Und in wichtigen Volkswirtschaften zieht die Wirtschaft stark an. Japan erholt sich weiter, der Rückgang im boomenden China wird wahrscheinlich geringer ausfallen als erwartet und in vielen Ländern Lateinamerikas wächst die Wirtschaft wieder. Selbst in Afrika geht es aufwärts, weil die Rohstoffpreise steigen. Ich gehe deshalb davon aus, daß der Ölpreis auch in 2005 das Wachstum nicht wesentlich bremsen wird.

DIE WELT: Fürchten sie keinen Anstieg der Inflation?

Supachai: Die Gefahr besteht sicherlich. Derzeit sieht es aber so aus, als wenn die Zentralbanken dieses Problem gut im Griff haben.

DIE WELT: Hohe Ölpreise treffen vor allem sehr arme Länder, weil sie zuwenig Devisen verdienen, um gestiegene Energierechnungen bezahlen zu können. Die Weltbank hat deshalb auf dem letzten Jahrestreffen erneut dringlich zum Kampf gegen die Armut aufgerufen. Was kann die WTO dazu beitragen?

Supachai: Die sechs größten internationalen Organisationen arbeiten eng zusammen, um vor allem den am wenigsten entwickelten Ländern beizustehen. Wir sind uns

einig darüber, daß Handel ein Schlüssel für Entwicklung ist. Wichtig ist etwa der Ausbau der Transportinfrastruktur oder die Verbesserung der Ausbildung von Angestellten, die den Handel technisch abwickeln. Die WTO fängt zum Beispiel gerade damit an, zu helfen, internationale Produktstandards einzuführen. Es ist doch so: Viele sehr arme Länder produzieren durchaus Waren, die per se auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. Sie sind aber nicht fähig, die dort geforderten Standards einzuführen und sicher zu stellen. Auf diesem Gebiet arbeiten wir zum Beispiel eng mit der FAO (UN-Food and Agriculture Organisation in Rom) zusammen. Derzeit

ist es oftmals noch so, daß arme Länder nicht in der Lage sind, ihre Produkte nach Europa oder in die USA zu exportieren, obwohl diese ihnen zollfreien Zugang für bestimmte Kontingente zugestehen. Das wollen wir ändern. Aber unsere Hauptaufgabe ist trotz alledem die weitere Liberalisierung des Handels. Das hilft auch den ärmsten Ländern am meisten.

DIE WELT: Viele dieser Länder sind nicht so ganz davon überzeugt. Bangladesch oder auch Kambodscha etwa fürchten, daß die Öffnung des Welttextilmarktes schlimme Folgen haben werden.

Supachai: Die betroffenen Länder hatten fast zehn Jahre Zeit sich auf ein Auslaufen der Quoten einzustellen. Die WTO hat dafür gesorgt, daß die Textilquoten auslaufen, von denen Textilproduzenten in Länder wie Bangladesch oder Kambodscha profitiert haben. Diese Einfuhrquoten waren sehr schädlich für den Welttextilmarkt. Aber die Verhandlungen darüber begannen auf Ersuchen der Entwicklungsländer. Sie wollten eine

Lösung dieses Problems im Rahmen der WTO. Ich kann deshalb die Aufregung nicht ganz verstehen. Sicher, es war damals noch nicht absehbar, wie dominant China auf diesem Markt werden würde – aber die Liberalisierung ist nicht mehr rückgängig zu machen.

DIE WELT: Nicht nur in den ärmsten Ländern ist die Aufregung groß. Auch in den USA werden Rufe nach einer Regulierung des Textilmarktes laut, um die chinesische Exportflut zu bremsen. Wie groß ist die Gefahr eines Handelskrieges mit China?

Supachai: Bevor China Mitglied der WTO geworden ist, gab es große Befürchtungen, daß der Eintritt zu einem Anschwellen der Streifälle führen würde. So ist es nicht gekommen. Seit dem Beitritt Chinas vor drei Jahren, hat es im Rahmen der WTO keinen wirklich ernsthaften Streitfall mit Beteiligung Chinas gegeben. Es gab diverse Meinungsverschiedenheiten. Diese konnten alle gelöst werden – auch zwischen China und den USA.

DIE WELT: Dies gelingt den USA mit der EU nicht ganz so gut. Beide streiten jetzt um Subventionen für

Airbus und Boeing. Das ist volumemäßig der größte Konfliktfall, den es je bei der WTO gegeben hat. Wie geht es jetzt weiter?

Supachai: Ich werde beide Seiten dazu ermuntern, die Konsultationsphase voll auszunutzen. Mein Standpunkt ist, daß die WTO-Mitglieder so weit möglich versuchen sollten, ihre Differenzen im Vorfeld einer offiziellen Schlichtung beizulegen – auch wenn sie großes Vertrauen in die Streitschlichtung bei der WTO haben.

DIE WELT: Diskutiert wird über die Rechtmäßigkeit der Subventionen im zivilen Flugzeugbau allerdings bereits seit vielen Jahren.

Supachai: Es ist schon ein Unterschied, ob man grundsätzlich über diese Subventionen diskutiert, oder unter dem Gesichtspunkt ihrer Verträglichkeit mit den Regeln der WTO. Jetzt besteht ein gewisser Zeitdruck, weil Regeln befolgt werden müssen. Das wird den Beteiligten helfen, sich mehr auf eine Lösung ihrer Probleme zu konzentrieren, als es in den Gesprächen vorher der Fall war.

DIE WELT: Wieviel Zeit bleibt den Parteien jetzt?

Quoten für Textilien laufen aus

Die Öffnung der Welttextilmärkte wird in den kommenden Wochen die Schlagzeilen in Asien bestimmen. Es wird Verlierer wie die Näherinnen in Indonesien oder Bangladesch geben und Gewinner wie Indien und vor allem China. Die Aufhebung der Quoten wird grundsätzlich positive Auswirkungen haben. Laut Weltbank hat die Verbindung zwischen Einfuhrquoten für die ärmsten Länder und hohen Einfuhrzöllen im Westen die Entwicklungsländer 27 Mio. Arbeitsplätze und Exportausfälle von 40 Mrd. Dollar gekostet. Das Auslaufen der Quoten Anfang

2005 wird nun zu massiven Verschiebungen auf dem rund 350 Mrd. Dollar schweren Markt für Textilien führen. Das Quotensystem war vor drei Jahrzehnten in den USA und Europa eingeführt worden, um die Textilindustrie vor der Konkurrenz aus den Entwicklungsländern zu schützen. Unter dem Dach des 1974 installierten „Multi Fibre Agreement“ (MFA) wurde der Markt unter Dutzenden von Lieferländern aufgeteilt. Hersteller bauten eine Produktion in eigentlich weniger geeigneten Ländern auf, weil sie ihre Textilien von dort in den Westen

Supachai: Beide Seiten haben 30 bis 60 Tage Zeit, um zu verhandeln. Diese Phase kann aber auch verlängert werden, wenn beide Parteien dies wollen.

DIE WELT: Wenn die WTO doch ein Schlichtergremium einsetzt, wann ist dann frühestens mit einer Entscheidung zu rechnen?

Supachai: Normalerweise nach drei bis sechs Monaten – es kann aber auch bis zu 18 Monate dauern.

DIE WELT: Wie wird sich dieser schwere Streitfall auf die Beziehungen zwischen den USA und der EU auswirken?

Supachai: Es scheint mir ganz natürlich zu sein, daß es zwischen großen Handelsblöcken öfter und zu stärkeren Konflikten kommt. Außerdem gibt es in vielen WTO-Ländern eine sehr viel größere Sensibilität gegenüber handelsverzerrenden Subventionen. Und wir beobachten derzeit eine Verschärfung des Wettbewerbs. Die Margen in der globalen Wirtschaftswelt sind oft sehr gering. Das bedeutet, daß es heutzutage sehr viel schneller zu massiven Konflikten kommen kann. Ich glaube aber nicht, daß dieser Streit die doch sehr en-

gen Beziehungen zwischen der EU und den USA schwächen wird. Dagegen sprechen das große Volumen der Handelsbeziehungen und die enge Verflechtung der jeweiligen Volkswirtschaften durch eine Vielzahl von Investitionen.

DIE WELT: Das nächste WTO-Ministertreffen ist 2005. Was wollen sie bis dahin erreicht haben, um die Verhandlungen in der Doha-Runde voran zu bringen?

Supachai: Ich will die Erwartungen nicht allzu hoch schrauben, bevor wir nicht wissen, welche Schwerpunkte die WTO-Mitglieder in Hongkong setzen wollen. Das wird sich auf einer Reihe von internationalen Treffen herauskristallisieren. Spätestens auf dem OECD-Jahrestreffen im kommenden Frühjahr werden wir klarer sehen. Derzeit wird hier in Genf auf der Arbeitsebene damit begonnen, die technischen Fragen, die sich aus der Einigung im August ergeben haben, anzugehen. Und die Verhandlungen über die wichtigsten Themen wie Landwirtschaft oder Dienstleistungen haben begonnen.

DIE WELT: Viele WTO-Kritiker kämpfen gerade in diesen Bereichen gegen eine Liberalisierung. Wie gehen Sie damit um?

Supachai: Ich denke, das gegenseitige Verständnis zwischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) und der WTO hat sich in den vergangenen Jahren verbessert. Die Transparenz der WTO-Verhandlungen und unser Dialog sind besser geworden – daß haben uns NGO-Vertreter bestätigt. Laut einer Studie, die vom britischen Parlament in Auftrag gegeben wurde, liegt die WTO gemessen an der Transparenz nach dem Roten Kreuz und der OECD auf Platz drei – und damit weit vor allen Nichtregierungsorganisationen.

Das Gespräch führte Ernst August Gintén

Der Fall Airbus gegen Boeing

USA und EU werfen sich gegenseitig wettbewerbsverzerrende Subventionen für die Flugzeugindustrie vor – Die WTO soll schlichten

VON ERNST AUGUST GINTÉN

Genf – Auf die Welthandelsorganisation WTO kommt die größte Herausforderung ihrer Geschichte zu. Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union werfen sich gegenseitig handelsverzerrende staatliche Subventionen für zivile Flugzeugbauer vor. Daraus könnte der größte Streitfall in der Geschichte der WTO werden, an dessen Ende milliardenschwere Vergeltungsmaßnahmen einer oder beiden Seiten zugebilligt werden.

Der Fall ist kompliziert. Die einzigen Hersteller von großen Zivilflugzeugen werfen sich gegenseitig vor, handelsverzerrende Subventionen zu kassieren. Brüssel bezweifelt die US-Beihilfen an Boeing seit 1992 auf 23 Mrd. Dollar. Die europäische Seite kritisiert, Geld für Forschung und Entwicklung neuer Systeme oder Flugzeuge seien indirekt über die Nasa, das Verteidigungs- und das Handelsministerium geflossen. Damit habe Washington die WTO-Regeln und das Abkommen zwischen der EU

und den USA von 1992 über Subventionen beim Bau von Verkehrsflugzeugen verletzt.

Vor zwölf Jahren hatten beide Seiten vereinbart, die staatlichen Beihilfen für die Flugzeughersteller auf 33 Prozent der Produktionskosten für neue Modelle zu beschränken.

Laut Boeing hat Airbus seit seiner Gründung 1969 rund 15 Mrd. Dollar in Form sehr günstiger Kredite erhalten. Mittlerweile sei das europäische Konsortium ein gleichwertiger Wettbewerber und

in einigen Teilmärkten sogar Marktführer geworden. Günstige Kredite der europäischen Mitgliedsstaaten würden deswegen nicht mehr geduldet. Ein neues Abkommen müsse her. Das lehnen die Europäer ab. Die EU-Kommission veröffentlicht nicht, wieviel staatliches Geld Airbus bekommen hat und zu welchen Konditionen. Man habe sich an das Abkommen gehalten, heißt es lediglich.

Diese starre Haltung nutzte die US-Regierung, um den Fall schlagzeilentraglich vor die WTO

zu bringen und so im Wahlkampf den Wählern zu zeigen: Wir kämpfen um eure Arbeitsplätze. Dem Boeing-Management war dagegen gar nicht so sehr daran gelegen, den Konflikt zu vergrößern. Boeing-Chef Harry Stonecipher setzte bisher eher auf Verhandlungen.

Kompliziert macht diesen Fall, daß beide Unternehmen auch kräftig im Rüstungsgeschäft mitmischen, das heißt: forschen und produzieren. Dieses Geschäft unterliegt in der Regel strikter Geheimhaltung – und deshalb ist es

zumindest für Handelsexperten fast unmöglich, zum Beispiel über die Nützlichkeit militärischer Forschung für den jeweils zivilen Konzernteil zu urteilen.

Zudem werden viele Zulieferer staatlich unterstützt. So beziehen beide Unternehmen Teile von japanischen Firmen, die vom britischen Parlament in Auftrag gegeben wurde, liegt die WTO gemessen an der Transparenz nach dem Roten Kreuz und der OECD auf Platz drei – und damit weit vor allen Nichtregierungsorganisationen.